

# Nach der Uno-Party das Chillout à la SVP

SVP wittert Wahlbetrug, TA 18. 2. / Krach: Uno-Party und SVP-Puurezmorge, TA 19. 2.

Der so genannte Bund der Steuerzahler um Alfred Heer, Thomas Meier und andere SVP-Scharfmacher hat einen weiteren Tiefpunkt der politischen Kultur erreicht. Ausgerechnet die Urheber von endlosen Puurezmörge und Altersheimaktionen fahren grobes Geschütz auf gegen die Veranstalter der fröhlich-unbeschwerten Wahl- und Abstimmungsparty von «votz.ch» in der Toni-Molkerei. Unglaublich, aber wahr: Was für die selbst ernannten Volkspolitiker offenbar problemlos ist, wenn es sich an ein betagtes Zielpublikum richtet, glauben diese Herren gerichtlich verfolgen zu müssen, wenn junge Menschen angesprochen werden. Als persönlich Anwesender – ich bin Präsident der FDP-Fraktion im Zürcher Verfassungsrat – konnte ich mich mit eigenen Augen davon überzeugen, wie die Organisatoren alles daran gesetzt haben, die Wahlfreiheit zu gewährleisten. Statt einer Strafverfolgung gehört ihnen ein dickes Danke für ihre Initiative, junge Leute für Politik zu interessieren.

CHRISTIAN BRETSCHER, WINTERTHUR

Der Bund der Steuerzahler hat laut Tagi tatsächlich Klage wegen angeblichen «Wahlbetrugs» gegen die Betreiber und Besucher der Uno-Party «Vote-in» eingereicht. Mit dieser völlig durchsichtigen Aktion gibt sich der SVP-nahe Bund der Steuerzahler der Lächerlichkeit preis. Mit allen Mitteln – in diesem Fall mit Steuergeldern, schliesslich kostet die Anzeige ja was – wird versucht, gegen den Uno-Beitritt zu wettern. Wer so vorgeht, hat offenbar keine Argumente mehr.

PETER QUADRI, ZÜRICH

Nun gehen also Organisationen auf Stimmenfang, indem man Gratiseintritte an Hip-Partys offeriert, wenn man das Stimmcouvert mitbringt. Dort wird man von so genannten Staatskundeführern unterrichtet, wie man abzustimmen habe. Es ist ja klar, was diese Staatskundeführer einem zur Wahl empfehlen. Wenn ein solch planmässig organisiertes Stimmenfangen von den Strafbehörden nicht sanktioniert werden sollte, wird es nicht lange gehen, bis weitere Parteien gratis bei Mit-

nahme des Stimmcouverts eine Carfahrt oder eine Züriseerundfahrt organisieren werden. Immer natürlich in Begleitung von Staatskundeführern, welche einem beim Ausfüllen helfen und die Couverts gleich noch einsammeln. Es ist betrüblich, dass Stadtrat Ledergerber und die Uno-Befürworter sich auf ein solch tiefes Niveau herunterlassen.

NADJA ENGLER, ZÜRICH

Diese Anzeige vom SVP-nahen Bund der Steuerzahler unter der Fuchtel des SVP-Hardliners Alfred Heer betrachte ich als üblen Fasnachtsscherz der nervösen SVP. Solches Gebaren kann man an jedem SVP-Puurezmorge beobachten, wo Besu-

cher von SVP-Funktionären bearbeitet werden. Zum Glück ohne grossen Erfolg, interessieren sich doch diese Leute mehr für die Kaffeeahndeckeli, die dort in rauen Mengen anfallen, als für Realpolitik. Die SVP würde gescheiter mal den Volkswillen respektieren nach Abstimmungen wie in Sachen Limmatquai-Spernung und Spielautomaten-Verbot. Und nicht jedes Ergebnis torpedieren, das nicht in ihrem Interesse ist, oder wo es um viel Geld geht.

HANS BALCON, ZÜRICH

Ich frage mich als parteilose 20-jährige Bürgerin, was passiert wäre, wenn die SVP eine ähnliche Veranstaltung durch-

geführt hätte. Also wenn nur dann etwas gratis offeriert worden wäre, wenn man gleichzeitig das Stimmcouvert mitnehmen müsste, verbunden mit der höflichen Aufforderung, dieses gleich auszufüllen und abzugeben. Selbstverständlich wäre dann der SVP-Staatskundeführer zur Seite gestanden. Der Skandal und das Aufschreien der Medien wäre perfekt gewesen. Die Uno-Party-Organisatoren sind genau nach diesem Muster verfahren. Auch wenn ich für den Uno-Beitritt bin, erachte ich dieses organisierte Einsammeln von Stimmcouverts, abgesehen vom strafrechtlichen Aspekt, als staatspolitische Verlüderung der Demokratie.

KARIN SCHMIDT, WEISSLINGEN

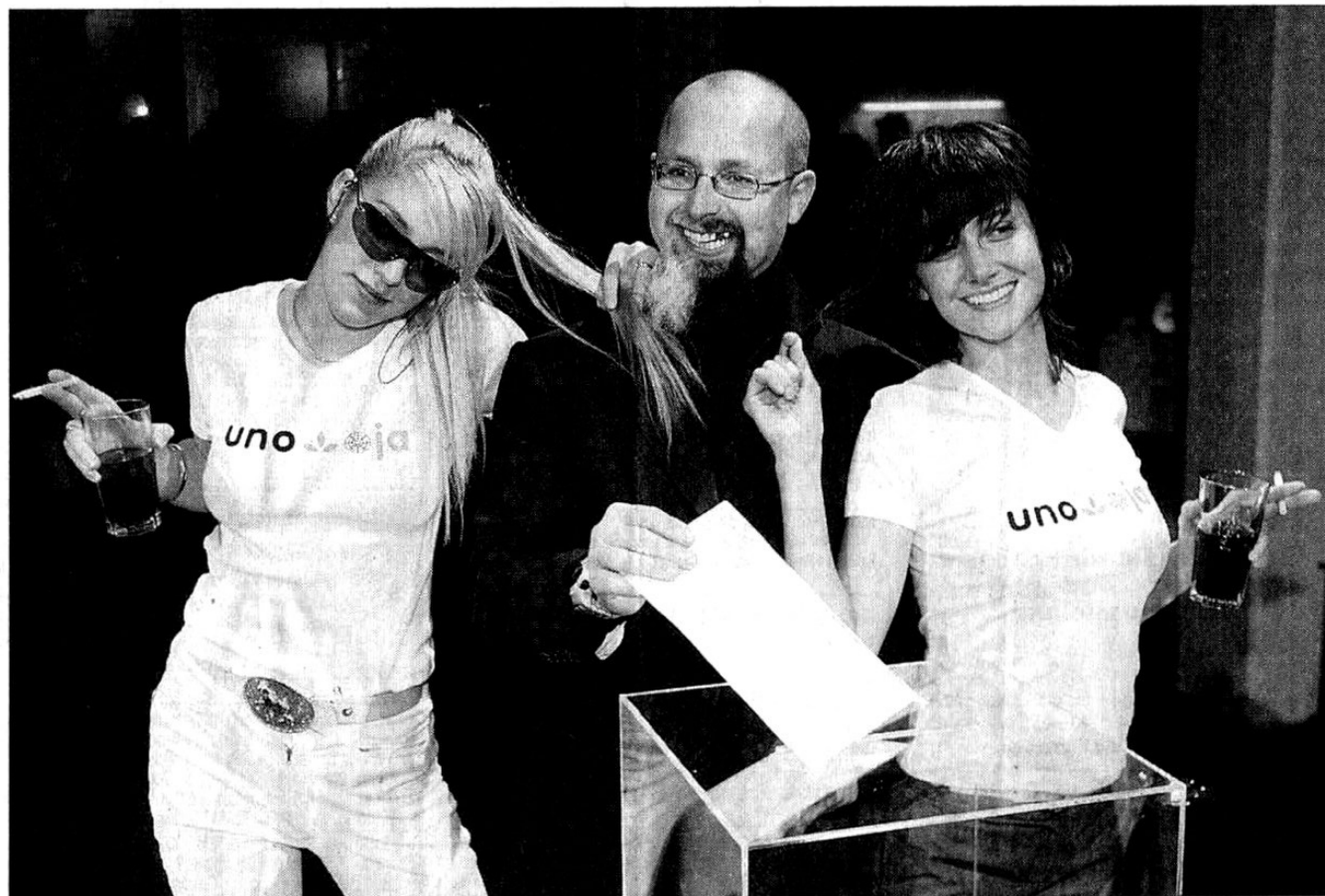


BILD STEFFEN SCHMIDT, KEYSTONE

**Medienwirksam:** Peider Filli, Zürcher Stadtpräsidiumskandidat, an der Uno-Abstimmungs-Party vor der Wahlurne. Ebenso medienwirksam kritisiert der Bund der Steuerzahler, dass Stimmenfang betrieben worden sein soll.